Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 41. Mittwoch, 25. Januar 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr: in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.

Anzeigen-Preise: Die einspaltige 37 mm breite Zeile 4.— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 % Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 0 Pf.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die ungelöste innere Krise.

Einschüchterungspolitik auf beiden Seiten.

Verschiebung der Kanzler-Erklärung.

Eine Einigung über das Steuerkompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ist bisher noch nicht zustande gekommen. Die Verhandlungen stocken, weil die Sozialdemokraten neuerdings Kuhhandel treiben und mit einem Sturze des Kabinetts Wirth drohen. Anscheinend möchte die Sozialdemokratie Einschüchterungspolitik treiben und ihrer Sachwertbesteuerungsidee zum Siege verhelfen. Tatsache ist, daß das Zentrum über die neuen Bedingungen verärgert ist und bereits in anderen Lagern sich nach Bundesgenossen umsieht. Diese Taktik scheint aber eine Scheintaktik zu sein, um wieder die Sozialdemokraten einzuschüchtern, denn es steht natürlich fest, daß Zentrum und Sozialdemokraten noch in dieser Woche sich einigen müssen. Der Kanzler hat eingesehen, daß er mit wechselnden Mehrheiten nicht arbeiten kann, und sich sowohl bei den Steuerfragen als in der auswärtigen Politik auf die gleichen Parteien stützen muß. Man wird also noch am Dienstag und Mittwoch verhandeln und am Donnerstag dürfte das Fieber fallen und die Krise beseitigt sein. Wie das Kompromiß aussehen wird, läßt sich bis jetzt nur vermuten.

Ueber die ergebnislosen Kompromiß-Verhandlungen

geht uns folgende eigene Information zu:

Berlin, 24. Jan. Die gestern abend abgebrochenen Verhandlungen über die Frage des Steuerkompromisses wurden heute vormittag fortgesetzt. Es traten die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten zusammen, um sich über die Steuerfragen zu unterhalten. Die Besprechungen führten jedoch zu keinem Beschluß. An der Zentrumssitzung nahm auch Reichskanzler Dr. Wirth teil. Mittags 12 Uhr traten dann die Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Bayrischen Volkspartei, der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten zu einer interfraktionellen Besprechung zusammen, an der der Reichskanzler, Minister Hermes, Rathenau und die Staatssekretäre Schröder und Hirsch teilnahmen. Auch diese Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen und sollen heute nachmittag fortgesetzt werden. Die Lage wird nach wie vor kritisch beurteilt, doch soll unter allen Umständen versucht werden, bis morgen mittag zu einer Einigung zu gelangen.

Das Zentrum hält eine Zwangsanleihe zur Sanierung des deutschen Finanzwesens für erforderlich und ist bereit, für eine solche Zwangsanleihe, für die eine besondere Veranlagung notwendig wäre, einzutreten. Die Sozialdemokratie dagegen will eine Goldanleihe, eine erzwungene Kreditbilfe der Industrie, von der sie sich einen Ertrag von mehreren Milliarden Mark verspricht. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß, wenn dieser Plan der Sozialdemokratie beim Zentrum Anklang findet, die Unabhängigen bereit wären, in der Umsatzsteuer die ursprüngliche Regierungsvorlage, die eine Besteuerung von 2½ Prozent vorsieht, wieder herzustellen, damit also für eine indirekte Besteuerung einzutreten. Ueber die Form der Zwangsanleihe machen sich jedoch nicht nur zwischen Sozialdemokratie und Zentrum, sondern auch zwischen Sozialdemokratie und Regierung große Differenzen geltend. Die Sozialdemokratie wünscht die Zwangsanleihe in Form eines Rahmengesetzes in engster Verbindung mit den ganzen übrigen Steuergesetzen. In mehrheitssozialistischen Kreisen hält man das Zustandekommen einer Mehrheit unter Beteiligung der Deutschen Volkspartei nicht für wahrscheinlich.

Die Regierungserklärung, die heute im Reichstag über die allgemein politische Lage abgegeben werden sollte, fällt aus. Es wird angenommen, daß der Reichskanzler nicht vor Donnerstag im Reichstag sprechen wird. Die für heute vormittag angesetzt gewesenen Sitzungen der Reichstagsausschüsse für Volkswirtschaft, Sozialpolitik, Steuerfragen, Verbrauchssteuern und Tabakmonopol sind vertagt worden mit Rücksicht auf die Beratungen der Fraktionen über das Steuerkompromiß.

Der deutsche Reparationsplan.

(Eigene Information der „Dresdner Nachr.".)

Berlin, 24. Jan. Heute vormittag 10 Uhr fand eine Chefbesprechung statt, die sich mit der Frage des der Reparationskommission zu überreichenden Zahlungs- und Garantieplanes beschäftigte. Der Zahlungsplan ist in seinen wesentlichen Zielen bereits fertiggestellt und auch seine Formulierung nahezu abgeschlossen. Wie wir hören, sind auch schon die Umrisse der Deckungsfrage, die in der Denkschrift behandelt werden müssen, fertig stellt. Es hängt nur noch davon ab, welche endgültige Form das Steuerkompromiß diesem Vorschlag geben wird.

Die Neuregelung der Beamtenbesoldung.

Die endgültige Festsetzung des Ortsklassenverzeichnisses.

Die Besprechungen zwischen Vertretern des Finanzministeriums und den Fraktionsvertretern im Reichstage über die Frage der Neuregelung der Beamtengehälter haben, wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, zwar noch zu keiner Einigung geführt, doch hofft man spätestens am Mittwoch nach nochmaligen Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen sich auf folgender Grundlage einigen zu können:

Zahlung einer dauernden Teuerungszulage von 40 Prozent (statt 20 Prozent, wie zuerst vereinbart) für die ersten 10 000 Mk. des Grundgehalts, also 4000 Mk. Zulage für die Beamten, Zahlung von Ueberteuerungszuschüssen an die Arbeiter.

Für die Umgestaltung des

neuen Ortsklassenverzeichnisses

wird ein neuer Reichstagsausschuß (der 30.) in den nächsten Wochen Vorarbeiten leisten. Geplant ist die Zahl der Stufen innerhalb der Ortsklassen von 7 auf 3 herabzusetzen und die großen Spannungen innerhalb der Gruppen zu beseitigen. Mit dieser Regelung wird namentlich den unteren und mittleren Beamten gedient und die gewünschte starke Herabsetzung der Verschiedenartigkeit in der Höhe der Gehälter der einzelnen Gruppen etwas ausgeglichen. Für Ortsklasse A soll der niedrigste Ortsklassensatz 9000 Mk., der höchste 12 000 Mk. betragen, bei den anderen Klassen sind die Sätze entsprechend vorgesehen.

Deutsche — und die andern!

Von Oberst a. D. G. Richter.

Dem deutschen Volke droht erneut schmachvolle Zumutung. Die Feinde von gestern, die trotz des vor drei Jahren geschlossenen Friedens noch die von heute sind, holen zu schwerem Schlage aus. Sie beschäftigen sich wiederum mit dem Gedanken, die von ihnen der Kriegsverbrechen beschuldigten Deutschen vor ihre sogenannten Gerichte zu fordern. Wohl ist diese Forderung an unsere Reichsregierung noch nicht offiziell gelangt. Der „Oberste Rat", der jetzt die Geschicke der Völker zu bestimmen sich anmaßt, wird erst darüber befinden, ob dem Gutachten des „Justiz"-Ausschusses stattzugeben ist oder nicht. Vielleicht siegt diesmal die Vernunft. Es wäre das erstemal, und dieser Sieg wäre um so höher einzuschätzen, als Herr Poincaré zurzeit den Ton in diesem Weltenrichterkollegium angibt. Liegt somit augenblicklich noch kein Anlaß zu Entschlüssen unserer Regierung vor, so ist doch das deutsche Volk, soweit es sich als solches fühlt, allein durch die ersten Andeutungen von der drohenden Gefahr aufs schwerste beunruhigt. Die gesamte Presse beschäftigt sich mit der Frage. Aus allen Volkskreisen wurden Eingaben an den Reichskanzler geschickt, die in scharfer Form jeden derartigen feindlichen Versuch ablehnen. So traurig der Anlaß ist, so erfreulich ist doch die Tatsache, daß in dieser Frage alle Deutschen einig sind und das „Niemals" aus dem Munde aller Deutschen ertönt. Es soll anerkannt werden, daß auch die englische Presse, mit Ausnahme der von Northcliffe geleiteten, die Auslieferung durchaus verwirft.

„Wenn hier gesagt wird, daß in dieser Frage alle „Deutschen" einig seien, so gilt die Behauptung natürlich nicht von denen, die zwar innerhalb der Grenzen Deutschlands wohnen und deutsch sprechen, die aber nach den Worten eines ihrer Hauptführer ein deutsches Vaterland nicht kennen, sondern ihr Vaterland in der über die ganze Erde verstreuten Menschheit und in dem Begriffe des Weltproletariats sehen. Man würde sie schwer kränken, wollte man sie als Deutsche ansprechen. Sie denken alles andere, aber keineswegs nicht deutsch. Es kann deshalb nicht wundernehmen, daß die von Herrn Crispien in Leipzig verzapfte Weisheit in der Presse dieser Menschheitsvaterländler ihren folgerichtigen Ausdruck findet. Wir sehen ihn gedruckt z. B. in einer kurzen Notiz eines in Dresden erscheinenden linksradikalen Blattes zu der Eingabe mehrerer Vereine Dresdens gegen die Auslieferung, die mit dem Satze schließt: „Niemals! Wir deutschen Soldaten treten für unsere bedrohten Kameraden ein, wenn es sein muß, mit dem Leben. Wir wenden uns an das deutsche Volk, in dieser Stunde zusammenzustehen wie ein Mann." Das Blatt schreibt dazu: „Die Stellungnahme der Entente war nach den Urteilen des Reichsgerichts vorauszusehen. Im übrigen haben wir noch niemals Veranlassung gehabt, uns für die verbrecherischen „Volksgenossen" zu engagieren. Die Redaktion, daß man für diese Leute mit dem Leben eintreten werde, wird in der deutschen Arbeiterschaft die Aufnahme finden, die sie verdient."

Die einzige Entschuldigung für dieses Geschreibsel ist, daß es nicht von einem Deutschen verbrochen wurde, sondern von einem auf der höchsten Höhe der Menschheitskultur stehenden Weltvaterlandsländler, und wenn man sich trotz inneren Abscheus mit der Kulturtat dieses Attentäters auf das deutsche Empfinden beschäftigt, so geschieht das aus dem gleichen Grunde, der uns Deutsche im Interesse unseres Vaterlandes zwingt, — wir haben nämlich ein solches, Herr Crispien und Konsorten, und lassen es uns von niemand rauben — Stellung zu nehmen gegen sadistische Gemeinheiten unserer widerlichsten Feinde, der Franzosen. Sie versuchen genau so, wie der Schreiber in dem bewußten Dresdner Blatte, der deutschen Arbeiterschaft unseren Vaterlandsbegriff dadurch zu rauben, daß sie deutsches Empfinden, deutsches Nationalgefühl als arbeiterfeindlich hinstellen. In teuflischer Berechnung auf den unser Volk zerreißenden Klassenkampfgedanken, der leider einen großen Teil unserer Arbeiterschaft beherrscht, flößen sie ihr die Ueberzeugung ein, daß vaterländisch Denken und Handeln gleichzusetzen ist mit Kapitalismus, Imperialismus und Militarismus und deshalb von der Arbeiterschaft bekämpft werden muß. Und auf diesen abscheulichen Schwindel fallen leider so viele Arbeiter hinein. Ihm unterliegen brave deutsche Männer, mit denen wir unsere Schlachten im Weltenkriege schlugen, die drei-, viermal verwundet immer wieder an die Front gingen, um das bedrohte Vaterland zu schützen, die Heldentaten verrichteten, wie sie die Welt nie größer geschaut hat. Diesen Verführungskünsten fallen die Söhne der Väter zum Opfer, die Freunde der Kameraden, die in höchster vaterländischer Begeisterung ihre Vaterlandstreue mit dem Tode besiegelten. Es ist unbegreiflich, aber es ist wahr, und deshalb gilt es, den Kampf gegen diese Besudler deutscher Ehre, gegen diese Thersitesnaturen aufzunehmen. Deshalb auch sei dem Verfasser der in Frage stehenden Notiz und allen denen, auf die er einwirken will, folgendes gesagt:

Die Stellungnahme der Entente ist durch die bisher gegen deutsche Kriegsbeschuldigte gefällten Urteile des Reichsgerichts nicht gerechtfertigt. Sie ist ausschließlich auf die haßwütige, unritterliche und gemeine Gesinnung unserer Hauptfeinde, die Franzosen, zurückzuführen. Dem im ehrlichen um Deutschlands Bestand geführten Kampfe unterlegenen deutschen Volke soll der Eselstritt versetzt werden. Das deutsche Reichsgericht hat auf den Druck der Feinde sein Recht gesprochen, wie es seiner in der ganzen Welt geachteten Stellung entspricht, objektiv und wahr. Nach Ansicht der meisten Deutschen haben sich die wahrlich nicht um ihr schweres Amt zu beneidenden Reichsgerichtsräte einer Sachlichkeit befleißigt, die nur das wehrlos gemachte deutsche Volk ertragen konnte. Selbst die Engländer, die dem Gerichtsverfahren beiwohnten, haben das anerkannt. Den Franzosen und Belgiern, denen nicht genug Todesurteile gefällt wurden, war es vorbehalten, das Gerichtsverfahren als Komödie zu bezeichnen — und unsere Weltvaterlandsländler schließen sich ihnen an.

Die von den Feinden beschuldigten deutschen Volksgenossen, auch die vom Reichsgericht Verurteilten, sind keine Kriegsverbrecher, sondern Opfer ihres vaterländischen Tuns im Kriege und Opfer der unvornehmsten Feinde, die

Eisenbahnerstreikstimmung im Reich?

Eine befristete Resolution an Minister Hermes.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 24. Jan. Heute ist der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und -Anwärter in Berlin zusammengetreten, um zu den die Beamtenschaft bewegenden Fragen Stellung zu nehmen, namentlich zur gegenwärtig schwebenden Teuerungsaktion, zum Eisenbahnfinanzgesetz und zum Arbeitszeitgesetz. Wie aus Beamtenkreisen mitgeteilt wird, hat es beunruhigend gewirkt, daß der Reichsfinanzminister bei der Erklärung, die am Sonnabend im Reichstag über eine sozialere Ausgestaltung der Beamtengrundgehälter abgegeben wurde, sich nicht darüber geäußert hat, ob zu diesem Zweck mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Beamten Verhandlungen gepflogen werden sollen, oder ob der Minister die Vertreter lediglich informatorisch anhören will.

Wie es heißt, will die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner dem Minister Hermes eine befristete Resolution überreichen, in der er ersucht wird, die Vertreter der Gewerkschaft zu ordnungsmäßigen Verhandlungen über die Gehaltsfrage der Beamten zu laden. **Die Stimmung unter den Beamten in Berlin hat sich in unverkennbarer Weise verschärft, und zwar nicht nur bei den Eisenbahnern, sondern auch bei den Postbeamten. In Entschließungen wird die Reichsgewerkschaft aufgefordert, das Angebot der Regierung in der Frage der Regelung der Gehälter abzulehnen und die Mitglieder zum Kampfe aufzurufen. Der Referenten-Entwurf des Arbeitszeitgesetzes für die Eisenbahnbeamten sei überhaupt indiskutabel.**

Die Auseinandersetzungen der K. P. D.

(Eigene Information der „Dresdner Nachr.".)

Berlin, 24. Jan. Der Zentralausschuß der Kommunistischen Partei hat gestern seine Tagung beendet, nachdem er entgegen dem von Radek ursprünglich übermittelten Vorschlage statt der 128 Mitglieder nur die 28 Unterzeichner des zweiten Briefes an die Zentrale von der Partei ausgeschlossen hat. Wie wir hören, werden 228 Mitglieder aber wahrscheinlich aus der K. P. D. den Austritt erklären. Unter den Ausgeschlossenen befinden sich Braß, Friesland und Malton.

Frankreichs Zahlungsunfähigkeit gegenüber Amerika.

Washington, 24. Jan. Der französische Gesandte hat nach Blättermeldungen mitgeteilt, daß Frankreich nicht in der Lage sei, die nächste Zinszahlung der Kriegsschulden zu leisten.

Amerikas Forderungen für die Sanierung Europas.

(Eigene Information der „Dresdn. Nachrichten.")

Paris, 24. Jan. Der „Chicago Tribune" wird aus Washington gemeldet: **Die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua wird davon abhängen, ob die Alliierten die deutschen Reparationszahlungen mit der deutschen Zahlungsfähigkeit in Einklang bringen wollen oder ob sie sich geneigt erklären, eine Verminderung ihrer Rüstungsausgaben in die Wege zu leiten.** Diese Bedingungen finden sich in einem Bericht der amerikanischen Kommission, deren Präsident der Staatssekretär für den Handel, Hoover, ist. Die Anschauungen dieser Kommission entsprechen denen der amerikanischen Regierung. In dem Bericht dieser Kommission heißt es ferner, daß eine Stabilisierung der europäischen Währungen nur erfolgen könne, wenn die Noteninflation in Europa aufhöre, die dadurch verursacht wurde, daß die einzelnen Staatshaushalte in Europa nicht balancieren. Dies wiederum ist darauf zurückzuführen, daß die Reparationsfrage nicht geregelt worden ist, ferner darauf, daß die Rüstungsausgaben der einzelnen Staaten ungeheuer sind und die Schulden dieser Staaten daher ins Ungemessene steigen. **Eine Hoffnung darauf, daß die Währungen gefestigt werden könnten, sei nur dann berechtigt, wenn die deutschen Reparationszahlungen endlich auf eine solche Grundlage gestellt würden, daß sie auch erfüllbar sind. Deutschland müsse jedenfalls den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete vornehmen, doch müsse auch dies nur in solchem Maße geschehen, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands gewährleistet bleibe. Unerläßlich sei die Herabsetzung der Ausgaben für Rüstungen.**

England gegen die Erfassung der deutschen Sachwerte.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 24. Jan. Der Berliner Berichterstatter des „Matin" erfährt aus unterrichteter Quelle, daß die englische Regierung, „wie feilos beeinflußt von der englischen Industrie, die zur Gruppe Stinnes in engen Beziehungen steht", der deutschen Regierung bekanntgegeben habe, daß sie einer Besteuerung der Sachwerte unsympathisch gegenüberstehe. Die englische Regierung habe die Anregung gegeben, daß sich die verschiedenen Parteien auf die Ausgabe einer Zwangsanleihe einigen sollten.